

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

29.09.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 22.06.2017**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:30 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.05.2017 - öffentlicher Teil
*0258/2017***
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0255/2017

- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

- 7 Gleichstellungsplan 2017 - 2021 einschließlich Bericht zum Plan zur Chancengleichheit 2014 - 2016**
0257/2017

- 8 Jahresbericht 2016 donum vitae**
0260/2017

- 9 Aktuelle Situation der Flüchtlinge**
0246/2017

- 10 Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018**
0231/2017

- 11 Einrichtung einer befristeten Stelle Integration Flüchtlinge**
0242/2017

- 12 Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Jugendhilfeausschuss**
0248/2017

- 13 Anträge der Fraktionen**

- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Zupan als neues stellvertretendes beratendes Mitglied der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Sie führt Herrn Zupan unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Die Vorsitzende bedankt sich und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.05.2017 - öffentlicher Teil 0258/2017

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Schlich berichtet, erfreulicherweise sei die Stelle der Integrationsbeauftragten wieder besetzt worden. Frau Chahbari, die zurzeit bei der GL Service gGmbH für das Projekt Ex-Azubitreff verantwortlich zeichne, trete am 01.07.2017 ihren Dienst an, was auch zur Entlastung von Herrn Buhleier beitrage, der in der Zeit der Vakanz der Stelle die Dienstleistung habe alleine erbringen müssen.

Frau Schlich macht darauf aufmerksam, dass der Verein MiKibU im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs zur Förderung des ehrenamtlichen sozialen Engagements unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin „start social“ als einer der 25 besten Vereine ausgezeichnet worden sei. Frau Schlich freut sich über diesen tollen Erfolg von MiKibU. Hier leisteten sehr viele Ehrenamtliche aktive, wichtige Integrationsarbeit, nämlich Hilfe beim Spracherwerb und bei der Sprachförderung.

Frau Schlich informiert, MiKibU (MigrantenKinder bekommen Unterstützung) habe einen Antrag an die Stadtverwaltung gerichtet, den Verein bei den Mietkosten für ein kleines Büro in der sogenannten roten Schule zu unterstützen. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde in den kommenden Integrationsrats- und ASWDG-Sitzungen vorgelegt. Der Ort sei u.a. insofern gut gewählt, weil auch der Kinderschutzbund seine neuen Räume in der roten Schule eröffne. Des Weiteren werde die bisher noch in der Goldbornstraße befindliche Großtagespflege der KREA in die rote Schule umziehen. Bereits in dem Objekt angesiedelt seien die Jugendwerkstatt und die Jugendberatungsstelle der AWO, so dass sich erfreulicherweise hier unter einem Dach eine Anlaufstelle für Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf finde.

Frau Holz-Schöttler dankt Herrn Buhleier unter Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder für die von ihm geleistete Mehrarbeit in schweren Zeiten des Integrationsrates.

Frau Schlich berichtet weiter zu den Integrationsmaßnahmen FIM, die GL Service gGmbH habe insgesamt 46 Stellen von der Agentur für Arbeit in den Bereichen „niedrigschwelliges Handwerk, Hauswirtschaft, hausmeisterliche Unterstützung von KiTas und sozialer Einrichtungen“, bewilligt bekommen. Hiervon seien aktuell leider nur drei Stellen besetzt. Herr Kuhlen ermittle in Gesprächen mit dem Personal und den Bewohnern der Flüchtlingsunterkünfte die Bedarfslage für weitere Stellenbesetzungen im Rahmen der Integrationsmaßnahmen FIM. Parallel gebe es aber auch sehr viele andere Angebote der Arbeitsagentur an den Personenkreis, die oft vorrangig vor den Integrationsmaßnahmen seien.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und Herrn Buhleier noch einmal für seine Arbeit.

5.1. Frauenpolitische Informationen 0255/2017

Frau Bähler-Sarembe bezieht sich auf die Veröffentlichung auf Seite 14 der Einladung „Jede dritte Spitzensportlerin hat aus der Jugendzeit Erfahrung mit sexualisierter Gewalt.“ Diese Nachricht habe sie erschreckt. Sie möchte wissen, von wann die Studie der Deutschen Sporthochschule ist und wie die Situation in Bergisch Gladbach ist. Frau Bähler-Sarembe bezieht sich auf einen Vortrag von Frau Fahner und Frau Hebborn zum Thema „Vorbeugung gegen sexuellen Missbrauch, Kinderschutz“ im November 2011. Darin sei die Planung einer Veranstaltung zu dem Thema angekündigt worden. Frau Bähler-Sarembe hält Aufklärung und Prävention in den Sportvereinen für eine wichtige Aufgabe und bittet um Angabe des Sachstandes zur Planung der Veranstaltung.

Frau Fahner antwortet, sie werde nachfragen. Der Sportverband habe damals zugesagt, das Thema aufgreifen zu wollen.

Frau Bähler-Sarembe weist darauf hin, dass die Breitensportfachkraft beim Rheinisch-Bergischen Kreis sich möglicherweise mit der Aufgabe befassen könne.

Die Vorsitzende kündigt eine schriftliche Antwort (*Anlage*) zum Protokoll an.

Frau Münzer informiert, nach ihrer Rücksprache mit dem sportpolitischen Sprecher wolle dieser das Thema mit der Bitte um Klärung auch in der nächsten Sitzung des ABKSS ansprechen.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit berichtet über die Veranstaltung zum Fastenbrechen am 03.06.2017 in der IGP die von vier muslimischen Gemeinden organisiert worden sei. Der Integrationsrat habe diese Veranstaltung mit 1.000 € unterstützt. Er informiert, dass u.a. sehr viele Lokalpolitiker, auch dieses

Ausschusses, und der Landrat an dem abwechslungsreichen Programm teilgenommen und die Veranstaltung sehr positiv kommentiert hätten.

Des Weiteren werde sich der Integrationsrat am Weltkindertag am 23.09.2017 in Bockenberg mit einem Stand präsentieren. Hierfür sei ein Budget in Höhe von 500 € für Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt worden.

Abschließend bedankt sich Herr Basyigit bei Herrn Buhleier, der den Integrationsrat besonders in dessen turbulenten Phase fast zwei Jahre wie ein Fels in der Brandung unterstützt habe. Er freue sich, dass nun Frau Chahbari dem Integrationsrat als Geschäftsführerin zur Seite stehen werde.

Frau Mertens informiert, der Seniorenbeirat werde in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro erstmals Ende September eine Zeitung für die Senior*innen der Stadt als Beilage zum Handelsblatt herausgeben. Die Zeitung solle viermal jährlich erscheinen. Frau Mertens führt aus, sie hoffe auf Unterstützung und eine gute Resonanz. Des Weiteren gebe es seit 15 Monaten einen vom Seniorenbeirat organisierten Stammtisch für Senior*innen der Stadt Bergisch Gladbach, der mit seinen vielfältigen Themen sehr rege in Anspruch genommen werde. Auch in Zukunft sollten weitere Fachreferent*innen angefragt werden.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Informationen.

7. **Gleichstellungsplan 2017 - 2021 einschließlich Bericht zum Plan zur Chancengleichheit 2014 - 2016**
0257/2017

Die Vorsitzende weist auf den auf den Plätzen ausliegenden Gleichstellungsplan hin, der im Vergleich zum Anhang der Einladung wesentlich besser zu lesen sei.

Frau Fahner entschuldigt sich für die schlechte Lesbarkeit, die eine Konsequenz daraus sei, dass das Datenvolumen der Originaldatei die Kapazität des Druckverfahrens für die Einladung überschritten habe. Als Wiedergutmachung liege nun ein separates Druckexemplar auf den Plätzen. Hierin sei auch die Grafik auf Seite 7 korrigiert worden, in der ursprünglich der prozentuale Anteil der Angestellten mit dem der Beamten vertauscht worden sei.

Anhand der als *Anlage* beigefügten Powerpoint-Präsentation gibt Frau Fahner einen Überblick und Hintergrundinformationen zu den wichtigsten Themen des Gleichstellungsplans 2017 - 2021 und des Berichts zum Plan zur Chancengleichheit 2014 - 2016.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf die Aussage im Bericht zum Plan zur Chancengleichheit, der Sporttest im Feuerwehrdienst sei gegendert worden. Er gehe andererseits davon aus, dass die körperlichen Anforderungen im Feuerwehrdienst identisch seien.

Frau Fahner erläutert, unverändert seien die Übungen im Sporttest auf die Erfordernisse im Alltag oder im Einsatz eines/r Feuerwehrbeamt*in ausgerichtet, lediglich bei der Auswahl der Übungen sei auf eine gendergerechte Ausgewogenheit geachtet worden.

Herr Weber fragt, ob für das neue Stadthaus auch ein Kindergarten mit für die Mitarbeiter*innen geplant sei.

Frau Fahner berichtet, nach Ihrer Kenntnis werde eine entsprechende Anregung der Beschäftigten auf Realisierbarkeit überprüft.

Herr Kockmann interessiert sich vorrangig für Vergleichszahlen aus anderen NRW-Kommunen.

Vergleichsgrößen seien schwierig festzustellen, informiert Frau Fahner. Aus ihrer Erfahrung sei jede Verwaltung anders strukturiert. Selbst in ähnlich großen Kommunen komme es zu Verzerrungen, weil es dort beispielsweise kommunale Kindertagesstätten oder Krankenhäuser gebe, deren Personal in den Statistiken berücksichtigt würde.

Auf Nachfrage von Herrn Klein berichtet Frau Fahner, im Berichtsraum 2014 – 2016 seien zwei Stellen in der Fachbereichsleitung neu besetzt worden. Dort und auch auf der Ebene der Abteilungsleitungen werde es in den nächsten fünf Jahren neu zu besetzende Stellen geben. Wenn der Frauenanteil in dem Bereich ausgebaut werden solle, seien beide Fachbereichsleitungsstellen mit einer Frau zu besetzen. Das Potenzial an geeigneten weiblichen Führungskräften sei durchaus vorhanden.

Herr Klein regt an, die Frauen entsprechend vorzubereiten. Frau Fahner berichtet, dies sei bereits der Fall und auch weiterhin beabsichtigt, so sei z.B. ein Führungskräftenachwuchsprogramm geplant mit dem Ziel, dass dort mindestens 50 % Frauen vertreten seien. Dabei sollten auch Teilzeitkräfte mit mindestens einer halben Stelle berücksichtigt werden. Die Stadt habe hervorragend geeignete junge Menschen in der Verwaltung. Es sei wichtig, ihnen perspektivisch Karrieremöglichkeiten aufzeigen zu können, denn tendenziell zeige sich, dass auch andere Kommunen gutes Personal für sich gewinnen wollten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und merkt an, es sei erfreulich, dass das Personalwesen sich im Sinne des Plans zur Chancengleichheit bereits positiv entwickelt habe.

Frau Holz-Schöttler dankt Frau Fahner für den vorgelegten Gleichstellungsplan und die Umsetzung einiger zuvor gesetzter Ziele. Der Bericht zeige, dass noch einiges zu tun sei.

Unter Bezugnahme auf Seite 26 des Gleichstellungsplans, Punkt 6.6. „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“, gibt Frau Holz-Schöttler für die SPD-Fraktion die **Anregung**,

dass die Stadtverwaltung den Mitarbeiter*innen ein Seminar zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz; was ist das überhaupt?“ anbietet.

Bei einer Größe von 1.200 Mitarbeiter*innen komme es bestimmt vor, dass vielleicht übergriffig agiert werde.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich ebenfalls für den Gleichstellungsplan, der viele gute Aspekte enthalte. Besonders positiv sei ihm aufgefallen, dass auch die Personalentwicklung an der Erstellung des Planes beteiligt gewesen sei, denn der sich abzeichnende Personalmangel werde auch den Bereich des öffentlichen Dienstes treffen. Umso wichtiger sei es, attraktive Arbeitsplätze und Karrierechancen auch für Frauen anzubieten. Natürlich könne die Personalentwicklung noch ergänzt werden, indem Karrierechancen auch für Zugewanderte und Menschen mit Behinderung stärker in den Blick genommen würden. So könne möglicherweise der Fachkräftebedarf zukünftig gedeckt werden, denn nach der von Frau Fahner dargestellten Entwicklung sei die Zahl der Pensionierungen in den nächsten 5 - 10 Jahren sehr hoch.

Herr Wuttke fragt, ob im Azubi-Bereich und in den unteren Hierarchiestufen, in denen Frauen überproportional vertreten sind, geplant sei mehr Männer und Jungs zu fördern, vor dem Hintergrund der Aussage, dass gemischte Teams immer am besten arbeiteten. Frau Fahner informiert, es sei kein Ziel des Frauenbüros/Gleichstellungsstelle, mehr Männer in den mittleren Dienst zu bringen

Des Weiteren möchte Herr Wuttke wissen, ob es über 2021 hinaus Ziel sei, in jeder Abteilung mindestens 50 % Frauen zu haben, am Gehaltsgefüge orientiert.

Frau Fahner informiert, Ziel sei tatsächlich, Frauen zu fördern, bis sie zu 50 % in den Bereichen vertreten seien, in denen dies bisher nicht der Fall sei. Dies gelte ab A11 bzw. EG11.

Herr Wuttke führt aus, im gehobenen Dienst gebe es mehr Männer pro Stelle als Frauen, die Frauen würden aber bevorzugt und die Männer müssten sehen, wo sie blieben, weil eine Frau da sei, die anhand der Quote dann auf diesen Platz komme.

Frau Fahner erklärt, Voraussetzung für die Anwendung der Quotenregelung nach dem Landesgleichstellungsgesetz sei eine vergleichbare Qualifikation.

Frau Schlich führt zur Klarstellung aus, das reformierte Landesgleichstellungsgesetz müsse von der Stadtverwaltung ausgeführt werden. Sie selbst vertrete einen Verwaltungsbereich, in dem Frauen überproportional vertreten seien. Trotz vieler Bemühungen bewürben sich dort leider weniger Männer. Die sozialen Berufe seien offenbar bei Männern nicht so beliebt wie bei Frauen. Auch als Auszubildende bewürben sich viel mehr Mädchen als Jungen. Insofern denke die Verwaltung darüber nach, Jungen vielleicht über abzufragende Skills besser anzusprechen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig, bei Enthaltung der Stimme der Mitterechts/LKR-Fraktion, folgende dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechende **Beschlussempfehlung**:

Der Gleichstellungsplan 2017 – 2021 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.

8. Jahresbericht 2016 donum vitae *0260/2017*

Herr Dr. Bernhauser betont die Wichtigkeit der Arbeit für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen, die donum vitae und andere Beratungsstellen leisteten, und dankt ihnen dafür. Er fragt, ob hinsichtlich der weiteren Beratungsstellen in Bergisch Gladbach und im Rheinisch-Bergischen Kreis gelegentlich ebenfalls ein Bericht vorgelegt werde. Konkret sei z.B. eine Zusammenfassung der Fälle der Schwangerschaftskonfliktberatung sowie der Fälle der allgemeinen Schwangerenberatung interessant.

Frau Schlich berichtet, die Stadtverwaltung erhalte lediglich die Berichte der von ihr finanzierten Beratungsstellen. Den von donum vitae gesandten Bericht habe die Verwaltung dem Ausschuss nicht vorenthalten wollen. Möglicherweise könne Frau Tillmann aber beim Kreis auf die Städte runtergebrochene Daten für den Ausschuss erfragen.

Frau Bähler-Sarembe informiert, der Bericht habe ihr sehr gut gefallen, insbesondere das seit 2014 existierende Angebot SchMüKi, das Hilfen für Schwangere und für Mütter mit ihren kleinen Kindern anbiete.

Frau Holz-Schöttler weist auch die Wichtigkeit der Arbeit im Bereich früher Hilfen und der sexualpädagogischen Prävention an Schulen hin. Donum vitae führe hier u.a. eine hochqualifizierte Jungenarbeit durch.

Herr Dr. Bernhauser bestätigt die Notwendigkeit der präventiven Arbeit und berichtet, auch esperanza verfüge wie inzwischen alle Schwangerschaftsberatungsstellen grundsätzlich über

männliche Berater. Ziel der Beratung sollte auch sein, die Verantwortung des Mannes stärker in den Blick zu nehmen.

9. Aktuelle Situation der Flüchtlinge
0246/2017

Herr Göbels fragt, ob für die geschlossene Unterkunft in Katterbach eine sinnvolle Zwischennutzung geplant sei, durch den Leerstand entstünden ja auch Kosten.

Frau Schlich führt aus, die Unterkunft in Katterbach verursache derzeit nur noch sehr geringfügige Kosten. Frau Tillmann sei es gelungen, Kontrollgänge durch den Schulhausmeister sicherzustellen, so dass derzeit kein zusätzlicher Sicherheitsdienst erforderlich sei. Eine der Hallen nutze die Verwaltung zum Unterstellen von Möbeln der Flüchtlinge, die vorübergehend wieder in Flüchtlingsunterkünften untergebracht seien. Mittelfristig werde die Verwaltung sich bestimmt für einen Abbau entscheiden, sicherheitshalber werde die Unterkunft aber noch für einen möglichen Bedarfsfall vorgehalten.

Herr Göbels möchte den Sachstand hinsichtlich des Leerstandes von Haus Pohle wissen. Es sei verbarriadiert und nicht gerade ein Blickfang.

Herr Mumdey informiert, der in der vergangenen Sitzung mitgeteilte Sachverhalt gelte unverändert. Ziel der Verwaltung sei es nach wie vor, dort eine Unterkunft für die Feuerwehr in Schildgen zu schaffen, die Prüfungs- und Planungsarbeiten für die im Haushalt bereits berücksichtigte Unterkunft dauerten noch an.

Herr Wuttke weist auf die Formulierung des BAMF „anerkannte Flüchtlinge nach Genfer Flüchtlingskonvention“ hin und bittet die Verwaltung um eindeutige Formulierung.

Frau Schlich merkt an, anerkannte wie auch geduldete Flüchtlinge seien irgendwann geflüchtet. Die einheitliche Bezeichnung diene der Vereinfachung.

Herr Wuttke bezieht sich auf die Anlage zur Vorlage mit der Bitte, analog dem monatlichen BAMF-Bericht die Altersstrukturen in 5- oder 10-Jahresschritten darzustellen. Frau Schlich stimmt dem für spätere Berichte zu.

Frau Koshofer bittet um eine Information zum Leerstand im Parterre des Hauses in Heidkamp.

Frau Schlich berichtet, es sei ein Tageskindertreffpunkt in Trägerschaft des DRK geplant. Hier könnten bei Erkrankung einer Tagesmutter in der Tagespflege stationär Kinder für einige Tage betreut werden. Das Genehmigungsverfahren für die Nutzungsänderung des bisherigen Ladenlokals laufe zurzeit.

10. Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018
0231/2017

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Es gibt keine Nachfragen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechende **Beschlussempfehlung**:

- 1. Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) - Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird begrüßt.**
- 2. Über die Bereitstellung des notwendigen städtischen Zuschusses in Höhe von 179.082,18€ soll in den kommenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 entschieden werden.**

11. Einrichtung einer befristeten Stelle Integration Flüchtlinge
0242/2017

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Beschluss im Integrationsrat einstimmig gefasst wurde.

Frau Koshofer fragt nach einer Zusammenstellung der Kosten, die erstaunlich hoch seien.

Frau Schlich antwortet, in der Vorlage seien die KGST-Werte für die Kosten eines Arbeitsplatzes dargestellt. Darin seien Kosten für das Personal, die Raumausstattung, die IT-Kosten und alles, was zusätzlich für einen Arbeitsplatz anfalle, enthalten. Die Gehaltskosten eine/n Sozialarbeiter*in betragen brutto ca. 60.000 € Arbeitgeberkosten pro Jahr.

Frau Holz-Schöttler berichtet, die SPD-Fraktion begrüße die Einrichtung der im Fachbereich 5 angesiedelten, befristeten Stelle und werde die Entwicklung gut beobachten, damit in spätestens zwei Jahren entschieden werden könne, wie es weitergehe. Die SPD-Fraktion wünsche dem Fachbereich viel Erfolg für diese Arbeit.

Frau Bähler-Sarembe bittet die Verwaltung, in jeder Sitzung kurz über den aktuellen Sachstand zu berichten. Frau Schlich kündigt an, entsprechend vorzugehen.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, im „Kenfenheuer-Haus“ seien schon einige Zentren der Unterbringung von Flüchtlingen angesiedelt. Es gehe nicht nur um Betreuung oder Beratung der Flüchtlinge und der engagierten Ehrenamtler*innen, sondern auch um die Schaffung von Begegnungsorten für Zugewanderte und die einheimische Bevölkerung. Wenn die neue Stelle dazu einen Beitrag liefern könne, sei das sehr schön, und möglicherweise werde die Stelle dann nach 2 Jahren auch weitergeführt werden können, abhängig natürlich von der Haushaltssituation und auch der Weiterentwicklung des Flüchtlingszustroms. Herr Dr. Bernhauser drückt seine Freude darüber aus, dass gemeinsam mit der SPD-Fraktion diese Kompromisslösung habe gefunden werden können.

Frau Münzer ergänzt die Informationen zur einzurichtenden Stelle insofern, als neben der Betreuung von Flüchtlingen hier auch der Austausch und die Zusammenarbeit der vier Netzwerke in Bergisch Gladbach gefördert und möglicherweise erweitert und verbessert werden sollten.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechende **Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Einrichtung einer auf zunächst 2 Jahre befristeten Stelle Integration Flüchtlinge im Fachbereich Jugend und Soziales. Vor Ablauf der Befristung soll anhand einer Evaluation untersucht werden, ob ein weiterer Bedarf für die Fortführung der Stelle besteht.

Für die Kosten der Stelle incl. Projektmittel werden städtische Mittel in Höhe von 103.460 € pro Jahr zur Verfügung gestellt.

12. **Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Jugendhilfeausschuss**
0248/2017

Die Vorsitzende weist auf den auf den Plätzen ausliegenden Vorabauszug hin, wonach im Integrationsrat am 08.03. die einstimmige Beschlussempfehlung gefasst wurde, Frau Melisa Dönmez als stellvertretendes Mitglied mit beratender in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag des Integrationsrats abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag des Integrationsrates entsprechende **Beschlussempfehlung:**

Das Mitglied des Integrationsrates Frau Melisa Dönmez wird als stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

13. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.27 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.